



Foto: Pierre Matgé

Chefvolkswirt Carlo Thelen (l.) und Direktor Pierre Gramegna von der Handelskammer (r.) wollen dem Staat einen strengen Sparkurs verordnen

Léon Marx

Die Handelskammer (Chambre de commerce Luxembourg) spricht in ihrem Bericht zum Entwurf des Staatshaushalts 2010 von einer „situation alarmante“. Direktor Pierre Gramegna beklagt eine gefährliche Passivität der Regierung

Die Handelskammer begrüßt zwar, dass die Regierung ihre 2009 eingeleitete, antizyklische Investitionspolitik fortsetzt und hohe Investitionsausgaben in dem Budgetentwurf vorsieht, ganz und gar nicht einverstanden ist man allerdings damit, dass auch die laufenden Ausgaben stark wachsen.

Das habe nichts mit Krisenbekämpfung und Konsumankurbelung zu tun, das seien die Konsequenzen struktureller Fehlentwicklungen. Schlimm sei, dass im Budget 2010, immerhin dem ersten einer neuen Legislaturperi-

ode, keinerlei Akzente erkennbar seien, wie man dieser Fehlentwicklung bei den laufenden Konsumausgaben begegnen wolle. Für die Handelskammer bedeutet der Entwurf des Staatshaushalts 2010 „douze mois de dérapage des dépenses courantes et d'immobilisme face aux réformes nécessaires“.

Chefvolkswirt Carlo Thelen spricht von einer „Gefahr angesichts der besorgniserregenden Situation“.

„Worst case“-Szenario ausgemalt

Der Budgetentwurf liefere nicht einmal ansatzweise Antworten auf die Frage, wie sich das Land seine künftige Entwicklung vorstelle. Dabei „fallen die Einnahmen des Staats spektakulär“. Und „die Wahrscheinlichkeit einer schnellen Erholung ist nicht besonders groß“, meint Pierre

Gramegna. Besorgt ist die Handelskammer vor allem wegen der Unsicherheiten im Bankensektor. Chefökonom Carlo Thelen hat schon mal ein „Worst case“-Szenario ausgerechnet, um herauszufinden, was bei einem Totalzusammenbruch des Bankenplatzes passieren würde. Würden die Banken auf ein „normales“ Niveau zurückfallen, vergleichbar etwa mit dem in Belgien, dann würde das nationale BIP (Bruttoinlandsprodukt) um 33,7 Prozent zurückfallen. Die Steuereinnahmen würden ein Minus von 25 Prozent registrieren und die Beschäftigung ein Minus von 15 Prozent.

Carlo Thelen – und auch Pierre Gramegna – räumen zwar ein, dass „diese Simulation rein theoretisch und mit Vorsicht zu genießen ist“, als Argument, um dem Staat einen radikalen Sparkurs zu verordnen, reicht sie aber allemal.

Die Handelskammer hat auch nachgerechnet, wie sich der

Staatshaushalt 2010 ohne den „massiven“ Rückgriff auf Anleihen präsentieren würde.

Auf 1,3 Milliarden Euro beläuft sich der Kredit, den der Staat 2010 aufnehmen will, vor allem um die Investitionsfonds zu speisen. Ohne diese Anleihe würden die Einnahmen des Staats 2010 um 14,2 Prozent zurückgehen, notiert Carlo Thelen. Unter Berücksichtigung des Kredits weist die Vorlage einen Rückgang von 8,7 Prozent aus.

Wenn man so weitermache, werde das Land bald von den Schulden erdrückt. 2014 etwa wären dann 400 Millionen an Schuldzinsen aufzubringen.

Luxemburg mit seinem nicht bestehenden Binnenmarkt dürfe sich nicht auf finanzielle Abenteurer einlassen, meint Pierre Gramagna. Die Regierung sollte nicht den Fehler machen, nach der Verschuldungsmarke von 60 Prozent des BIP zu schießen, wie sie der Maastrichter Vertrag vorsieht. Bei 20 Prozent sollte Schluss sein.

Gut beraten wäre das Land auch, wenn es die jährliche Neuverschuldung nicht über die Drei-Prozent-Marke ansteigen ließe, heißt es im Gutachten der Handelskammer. Laut Regierungsvorlage soll die Neuverschuldung im nächsten Jahr bei 4,4 Prozent liegen.

Die Handelskammer schlägt eine Serie von Kürzungen vor allem bei den Sozialtransfers vor, mit denen die Ausgaben um rund 400 Millionen gesenkt werden könnten. Über eine Anhebung der Akzisen auf Tabak, Alkohol und Treibstoffen will die Handelskammer zudem 95 Millionen an zusätzlichen Einnahmen produzieren. Insgesamt ein Plus von 512 Millionen, mit dem die Neuverschuldungsquote exakt auf 3,0 Prozent des BIP zurückgeführt werden könne.

Tripartite soll Kahlschlag absegnen

Das Maßnahmenpaket (siehe Kasten) sieht u.a. Anpassungen bei den Familienzulagen vor. Integral sollen diese nur noch an Bezieher eines Einkommens ab etwa 1.700 Euro ausbezahlt werden. Die 2010 erwartete Indextranche will man ganz streichen. Und das 13. Monatsgehalt im öffentlichen Dienst um 20 Prozent kürzen.

„Vieles aus unserem Programm wird nur als Paketlösung und nur im Rahmen des Tripartite-Dialogs möglich sein“, meinte zum Abschluss einer Pressekonferenz gestern Direktor Pierre Gramagna.

So will die Handelskammer sparen

Posten, an denen die Handelskammer den Rotstift ansetzen möchte (Auswahl). Insgesamt sollen etwas über 400 Mio. eingespart werden.

- | | |
|---|--------------|
| o CFL; Kürzung der Betriebssubventionen | - 32,50 Mio. |
| o Kürzung des Elternurlaubs auf EU-Minimum | - 25,00 Mio. |
| o Modulation „Forfait éducation“ | - 30,00 Mio. |
| o Modulation Erziehungszulage | - 29,00 Mio. |
| o Senkung der Beitragsdecke Pensionskasse von 5x auf 4x den Mindestlohn | - 48,60 Mio. |
| o Kürzung 13. Monat im öffentl. Dienst um 20% | - 27,90 Mio. |
| o Annullierung der 2010 erfallenden Indextranche (Auswirkung auf den öffentl. Dienst) | - 75,00 Mio. |
| o Modulation Wohnungsbeihilfen | - 15,00 Mio. |
| o Kredite für Beschäftigungsmaßnahmen | - 5,10 Mio. |